

Frühling - ja, aber wo? Russland im 21. Jahrhundert

Frankenberger, Rolf

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Frankenberger, R. (2012). Frühling - ja, aber wo? Russland im 21. Jahrhundert. *GWP - Gesellschaft. Wirtschaft. Politik*, 61(2), 191-203. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-96452-1>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Frühling – ja, aber wo? Russland im 21. Jahrhundert

Rolf Frankenberger



Dr. Rolf Frankenberger arbeitet am Institut für Politikwissenschaft der Eberhard Karls Universität Tübingen. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Autokratieforschung, Russland und der post-sowjetische Raum sowie Methoden der Politikwissenschaft.

Zusammenfassung:

Russland entwickelte sich in den letzten 13 Jahren zu einer modernen Autokratie. Nach Vladimir Putins Sieg bei den Präsidentschaftswahlen scheint diese stabiler denn je. Die Ursachen dafür sind vor allem eine konsequente institutionelle Restrukturierung sowie die enormen Einkünfte aus Rohstoffrenten, welche dem Regime Handlungsspielräume eröffnen.

Unlängst haben russische Wissenschaftler eine Blume zum Blühen gebracht, die über 30000 Jahre im Permafrost konserviert worden war (Yashina 2012). Die These vom „russischen Frühling“ bezieht sich jedoch nicht auf diese biologische Sensation, sondern auf die Proteste rund um die Wahlen zur 6. Staatsduma im Dezember 2011. Schnell wurden in den westlichen Medien Parallelen zum „arabischen Frühling“ gezogen. Hoffnung auf einen demokratischen Aufbruch schon bei den Präsidentschaftswahlen im März kam auf – und fand mit dem deutlichen Sieg Vladimir Putins ein Ende. Betrachtet man die jüngere Entwicklung Russlands in den letzten 10 bis 15 Jahren, ist dies wenig verwunderlich. Das Land entwickelte sich spätestens seit dem Amtsantritt Putins Ende 1999 zu einer modernen Autokratie¹. Und mit der zweiten geplanten, friedlichen Machtübergabe zwischen Putin und dem mit dieser Entwicklung endgültig zum Statthalter degradierten Dimitrij Medwedew erreicht sie eine neue Qualität. Dieser Wandel spiegelt sich sowohl in den Bewertungen Russlands in einschlägigen Demokratieindizes als auch in der wissenschaftlichen Literatur wider. Im Jahr 1997 von Freedom House auf einer Skala von 1-7 (frei-nicht frei) mit dem Wert 3.5 als teilweise frei eingestuft, wurde Russland im Jahr 2011 mit dem Wert 6.5 als nicht frei kategorisiert. Analog sprach man in der Literatur in den 1990er Jahren von einer „defekten“, „defizitären“ oder zumindest noch nicht konsolidierten Demokratie, während heute die Einschätzung Russlands als Autokratie vorherrscht.

Amtsantritt Putins
Ende 1999

Russland als
Autokratie

Doch worin gründet die erneute Etablierung und Persistenz eines autoritären politischen Systems nach einer Phase der Öffnung in den 1990er Jahren? Und wie lässt sich erklären, dass Vladimir Putin trotz seines autoritären Kurses, vielfältiger Eingriffe in das politische System und vielfältiger Kritiken aus dem In- und Ausland die Präsidentschaftswahlen am 4. März 2012 mit 63,6%

der Stimmen schon im ersten Wahlgang deutlich für sich entscheiden konnte? Oder, um im oben skizzierten Bild zu bleiben: Warum bedarf es mehr als einiger Proteste in der Folge umstrittener Wahlen, um den autoritären Dauerfrost aufzutauen? Hier sind meines Erachtens zwei Faktoren zentral, auf die ich im Folgenden in unterschiedlicher Tiefe näher eingehen möchte: Erstens eine umfassende institutionelle Restrukturierung und Konsolidierung des autoritären Regimes und zweitens die besonderen polit-ökonomischen Entwicklungen, die dem Staat durch hohe Rohstoffrenten Handlungsspielräume eröffnen.

1. Die institutionelle Konsolidierung der Autokratie

institutional
engineering

Während in Demokratien eine Veränderung der institutionellen Ordnung vergleichsweise kompliziert ist, können autoritäre Herrscher aufgrund einer enormen Machtfülle und fehlender effektiver Kontrolle vor allem in Krisenzeiten weitreichende Veränderungen vornehmen und ihre Herrschaft absichern. Ein Lehrstück dieses „institutional engineering“ ist die Umgestaltung des politischen Systems Russlands seit dem Jahr 2000. Ausgehend von einer weitgehend westlich-demokratischen Standards entsprechenden Verfassung (vgl. Sakwa 2008) erfolgte unter Präsident Vladimir Putin eine Umgestaltung des föderalen Systems, des Parteien- und Wahlsystems sowie der Kompetenzen der Exekutive, die dem ohnehin schon starken Präsidenten eine noch größere Machtfülle verlieh.

Vereinheitlichung
des Rechtsraumes

Diktatur des
Gesetzes

Ausgangspunkt der Reformen war die vom Präsidenten geforderte Vereinheitlichung des Rechtsraumes auf dem Territorium der Russländischen Föderation sowie die Einrichtung effektiverer Beziehungen zwischen Zentrum und Peripherie. Bezeichnenderweise proklamierte Putin dieses Programm kurz vor den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000 unter dem Label der „Diktatur des Gesetzes“ („diktatura zakona“)², was eine sehr freie Interpretation dessen darstellt, was man gemeinhin unter dem englischen „Rule of Law“ versteht. Die Reformen orientierten sich weitestgehend am geltenden Recht oder bewegten sich in rechtlichen Grauzonen. Sie erfolgten jeweils zu Anteilen über Verfassungsänderungen, einfache Gesetze und das Regieren per Dekret (ukaz). Und dennoch veränderten sie das politische System nachhaltig und konsolidierten die autoritäre Herrschaft. Denn zentrale Institutionen wie das Amt des Premierministers und der regionalen Exekutiven (Gouverneure und Präsidenten der Föderationssubjekte) wurden zugunsten anderer Institutionen, wie der Präsidialadministration und der Bevollmächtigten des Präsidenten, geschwächt und die Machtbeziehungen hierarchisiert.

Kompetenzkonzentration beim Präsidenten

Eine Besonderheit des politischen Systems in Russland ist die Zuspitzung der Kontrolle des Institutionengefüges in der Person des Präsidenten. Der ursprünglich für vier, seit den Wahlen im März 2012 auf sechs Jahre und maximal zwei aufeinanderfolgende Amtszeiten direkt vom Volk gewählte Präsident

teilt die Macht mit einem Premierminister und dem Kabinett. Der Präsident nimmt als Staatsoberhaupt und Regierungschef eine prioritäre Stellung ein und verfügt nach den Artikeln 80 bis 93 der Verfassung über eine außerordentliche Machtfülle. Neben der Richtlinienkompetenz in Innen- und Außenpolitik sind dies etwa das Recht zur Erlassung von Dekreten, das Recht auf Gesetzesinitiative, die Unterstellung der so genannten „Machtministerien“ sowie das Recht, zentrale Posten in Institutionen wie etwa das Oberkommando der Streitkräfte, den Sicherheitsrat, die obersten Beamten und die Bevollmächtigten des Präsidenten in den Föderalen Bezirken zu ernennen. Der Präsident unterzeichnet und verkündet zudem alle Gesetze und ist mit einem (suspensiven) Vetorecht ausgestattet. Insbesondere mit dem Dekret-Recht übernimmt der Präsident auch legislative Funktionen.

Das ohnehin schon stark zugunsten des Präsidenten interpretierte semi-präsidentielle System wurde durch Veränderung und extrakonstitutionellen Ergänzung des institutionellen Gefüges weiter auf die zentrale Figur des Präsidenten zugeschnitten. Dazu gehört die Schaffung des Nationalen Sicherheitsrates, des „Staatsrates der Russländischen Föderation“ als Beratungsgremium, dem die Oberhäupter der Föderalen Subjekte angehören, der „Öffentlichen Kammer“ und des „Rats für Nationale Projekte“. Alle diese Institutionen haben offiziell eine beratende Funktion, gelten aber als informelle Zirkel der Entwicklung von politischen Strategien. Durch den Zugang zur Macht, sprich zum Präsidenten, können auf diese Weise gesellschaftliche wie politische und ökonomische Gruppen inkorporiert werden. Eine zweite Strategie des „institutional engineering“ ist die der Anpassung bestehender Institutionen. Dazu gehören unter anderem die Restrukturierung der Geheimdienste mit einer gleichzeitigen Aufwertung des Inlandsgeheimdienstes FSB im Januar 2003, die Unterstellung der so genannten „Machtministerien“ und weiterer Institutionen³ direkt unter den Präsidenten durch ein Dekret vom 09.03.2004, die weitgehende Entmachtung des Generalstabs und die Unterstellung der operativen Kontrolle über die Truppen direkt unter das Verteidigungsministerium im April 2004.

Nationaler
Sicherheitsrat
Staatsrat der
Russländischen
Föderation
Öffentliche Kammer
Rat für Nationale
Projekte

Vertikalisierung der Macht im Föderalsystem

Eine weitere Zentralisierung der Macht wurde mit der wohl umfassendsten institutionellen Umgestaltung Russlands in den beiden Amtszeiten Vladimir Putins (vgl. Gelman 2010), der Föderalreform, erreicht. Sie betrifft neben einer reinen Gebietsreform vor allem auch die Ordnung der Legislative, namentlich der zweiten Kammer der Föderalversammlung, dem Bundesrat. Diesem gehören gemäß Artikel 95,2 je zwei Vertreter jedes Föderalsubjekts an. Der Bundesrat bestätigt Gesetze, entscheidet über extraterritoriale Truppeneinsätze, muss dem Ausnahme- und Kriegszustand zustimmen und entscheidet über die Amtsenthebung des Präsidenten mit einer Zweidrittelmehrheit. In den Artikeln 65-79 wird der föderative Aufbau festgelegt und insbesondere die Einheitlichkeit des Rechtsraumes und des Geltungsbereiches der Verfassung betont. Interessanterweise unterliegen die Verfahren der Bildung des Bundesrats ebenso wie der Wahl der Duma-Abgeordneten gemäß Verfassungsartikel 96,2 der ein-

Föderalreform

fachen Bundesgesetzgebung, welche im Unterschied zur Verfassung mit einfachen Parlamentsmehrheiten verändert werden kann.

Der erste Schritt der Föderalreform umfasste die Schaffung von sieben Großregionen mit je einem Vertreter des Präsidenten, die Möglichkeit der Absetzung der Gouverneure bei Verstößen gegen föderales Recht sowie die Änderung der Zusammensetzung des Föderationsrates. Ziel dieser massiven Umstrukturierung war die enge Bindung der Gouverneure und Regionalparlamente an das Zentrum über den Mechanismus drohender Amtsenthebungen und Kontrollen durch die Präsidentenvertreter in den Großregionen. In der zweiten Phase der Reformen wurde das Verfahren der Bestimmung der Gouverneure und Präsidenten der Regionen geändert. Diese werden seit 2005 nicht mehr gewählt, sondern auf Vorschlag des Präsidenten von der regionalen Exekutive bestätigt. Im Zuge der weiteren Vertikalisierung der föderalen Strukturen übertrug Putin per Dekret den Leitern der regionalen Exekutiven die Verfügung über die örtlichen Sicherheitsbehörden. Mit dem Abschluss der beiden Phasen der Föderalreform kann von einer weitgehenden Hierarchisierung der Beziehungen von Zentrum und Peripherie gesprochen werden, welche die in anderen Bereichen des politischen Systems beobachtbare Personalisierung von Verantwortungsbeziehungen sowie die Etablierung hierarchischer und wechselseitiger Abhängigkeitsstrukturen nochmals verstärken. Insbesondere die Abschaffung der Gouverneurswahlen und die Umgestaltung des Föderationsrates sind dabei als Ausdruck einer massiven Entdemokratisierung zu werten. Die von Medwedew jüngst versprochene Wiedereinführung der Gouverneurswahlen ist angesichts der Kompetenzverluste und Kontrollmöglichkeiten kaum als relevant zu bezeichnen.

Hierarchisierung der
Beziehungen von
Zentrum und
Peripherie

Kontrolle des Parteien- und Wahlsystems

Wahlen und der Vorgang des Wählens gelten als zentrale Kennzeichen demokratischer Staaten und erfüllen dort zentrale Funktionen, wie etwa der politischen Repräsentation der Interessen der Bevölkerung, der Elitenrekrutierung und der Integration der Bevölkerung in das politische System. Doch Wahlen sind kein ausschließlich „demokratisches Phänomen“. Denn auch in den meisten Autokratien werden mehr oder weniger regelmäßig Wahlen abgehalten. Wahlen fehlt hier zwar das liberale Moment der Integration verschiedener Interessen oder der Kontrolle der Exekutiven, aber dennoch erfüllen Wahlen und mit ihnen die bei Wahlen antretenden Parteien auch in autoritären Kontexten wichtige Funktionen der Kommunikation, Erziehung und Legitimation (vgl. Nohlen 2007). Gerade in Autokratien besteht zudem das Problem, der Entkopplung der politischen Eliten von der politischen Basis. Die stattfindende Beeinflussung, Steuerung und Kontrolle von Präferenzen bedeutet, dass nur bedingt zuverlässige Quellen für die Interessen und Meinungen der Wahlbevölkerung existieren und alle möglichen Informationsquellen genutzt werden müssen, etwa die Wahlbeteiligung, Anteile für Regierungs- und Oppositionsparteien sowie der Anteil der Nichtwähler. Zusammen mit Meinungsumfragen können dann durchaus Aussagen über die Größe einer kritischen Masse der Systemunzufriedenheit gemacht werden.

Entkopplung der
politischen Eliten
von der politischen
Basis

Konsolidierung des Parteiensystems

Hinsichtlich der politischen Parteien kann denn auch von einer weitgehenden Entmachtung gesprochen werden. Das in Russland in der Verfassung in Artikel 13 verankerte Mehrparteiensystem wird durch die staatlichen Eingriffe wie die wiederholte Veränderung des Parteien- und Wahlrechts weitgehend transformiert in ein gelenktes und nur bedingt pluralistisches Parteiensystem. Die Reformen sind in ihrem kompletten Zuschnitt insbesondere dazu geeignet, die Parteienlandschaft zu kontrollieren und große Parteien systematisch zu privilegieren. So beinhaltet das Parteiengesetz von Juni 2001 eine gravierende Verschärfung der Anerkennung politischer Vereinigungen als Parteien. Dieses Gesetz wurde 2004 weiter verändert, so dass nun 50000 Mitglieder und in jeder regionalen Organisation mindestens 500 Mitglieder für eine Registrierung als Partei gefordert sind. Einige Autoren gehen aufgrund der massiven Ungleichbehandlung von Parteien im politischen Alltag in ihrer Beurteilung noch weiter und bezeichnen es als System mit einer Partei und Ausschmückung. Thomas Remington (2008: 214) merkt etwa an, dass sich in den beiden Amtszeiten Präsident Putins ein „authoritarian dominant party regime“ entwickelt habe, das charakterisiert ist durch eine enge Symbiose von Staat und Regierungspartei. Diese besteht darin, dass die Partei staatliche Ressourcen nutzt, überwältigende Wahlsiege und Parlamentsmehrheiten zu erringen, um im Gegenzug die vom Präsidenten gewünschten Gesetze problemlos durch die Legislative zu bringen (Remington 2008: 214). In Russland wird diese Rolle von der Partei Einiges Russland eingenommen, welche im gesamten föderalen System und auf nationaler Ebene eine herausragende Stellung einnimmt. Von den oppositionellen Parteien spielt lediglich die KPRF eine substantielle Rolle als einzige programmatische und mitgliederbasierte Partei. Alle anderen Parteien sind entweder kooptiert (Gerechtes Russland und LDPR) oder durch Reformen des Wahl- und des Parteienrechts weitestgehend marginalisiert.

Partei Einiges
Russland

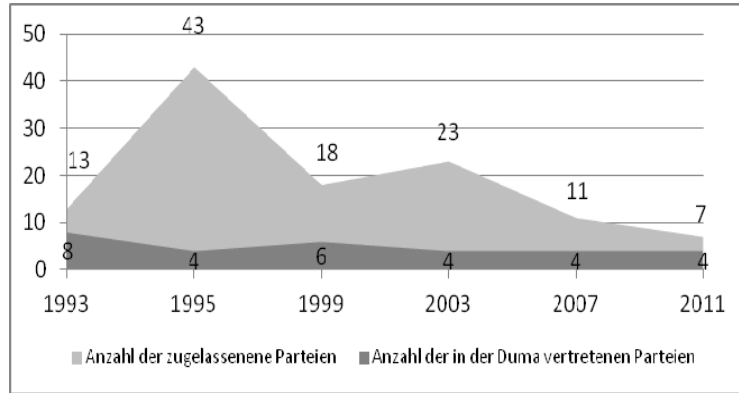
Verschärfungen des Wahlrechts

Zu dieser Entwicklung hat auch die mehrfache Veränderung des Wahlrechts massiv beigetragen. Dies betrifft in Bezug auf die Dumawahlen insbesondere die Umstellung von einem Graben- auf ein reines Listenwahlsystem mit proportionaler Repräsentation sowie die Verschärfung der Parteienzulassung zu Wahlen und die Erhöhung der Sperrklausel von fünf auf sieben Prozent sowie die Abschaffung der Mindestwahlbeteiligung. Diese Maßnahmen führten zu einer Konzentration des Parteiensystems auf im Wesentlichen vier Parteien: *Einiges Russland* als die Partei des Präsidenten, *Gerechtes Russland* als eine künstlich geschaffene systemkonforme Opposition sowie die sich meist mit der Mehrheit und dem Präsidenten identifizierende *Liberaldemokratische Partei Russlands* LDPR von Vladimir Shirinowski und die *Kommunistische Partei der Russländischen Föderation* KPRF als eine mehr oder weniger systemkonforme oppositionelle Kraft und einzige mitglieder- und programmatische Partei. Die vielen kleineren Parteien, zu denen demokratisch orientierte Parteien

reines
Listenwahlsystem

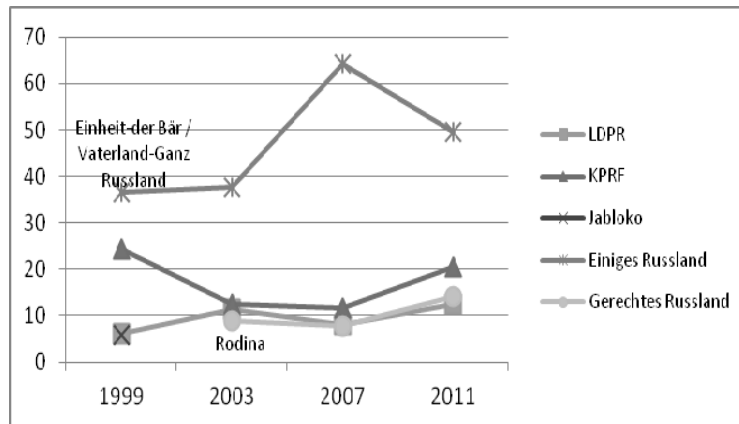
wie Jabloko und die Union der rechten Kräfte (SPS) gehören, wurden marginalisiert.

Schaubild 1: Anzahl zugelassener und in der Duma verteilter Parteien 1993-2011



Quelle: Central Election Commission of the Russian Federation⁴

Schaubild 2: Stimmenanteile der in der Staatsduma vertretenen Parteien 1999-2011



Quelle: Central Election Commission of the Russian Federation

Die Ergebnisse der Dumawahlen zeigen eindrücklich die Effekte der Reformen, wie Schaubild 1 und 2 zeigen. Während man vor 2000 noch von einer für neue Demokratien normalen Konsolidierungsphase sprechen kann, kommt es im Zuge der Reformen zu einer eindeutigen Beschränkung des in der Verfassung verankerten politischen Pluralismus. Erstens sinkt die Zahl der zu den Wahlen zugelassenen Parteien, zweitens sinkt die Zahl der in der Staatsduma vertretenen Parteien und stabilisiert sich bei vier. Und drittens stabilisiert sich der Stimmanteil der „Partei der Macht“ Einiges Russland auf hohem Niveau. Daran ändert denn auch das Ergebnis der Wahlen zur 6. Staatsduma am

4. Dezember 2011 nichts. Auch wenn Einiges Russland mit „nur“ noch 49,5% eine deutliche Niederlage einstecken musste, verfügt sie mit 238 Abgeordneten über eine absolute Mehrheit und kann ihrer Aufgabe als „legislative machine“ des Präsidenten weiter nachkommen.

Dennoch gibt es zwei interessante Befunde: Erstens sind Teile der Bevölkerung nicht (mehr) gewillt, alle Inszenierungen und Manipulationen seitens der Regierenden hinzunehmen. So bleiben neben den Verlusten von Einiges Russland Demonstrationen und Medienberichte über Wahlmanipulationen in Erinnerung. Rechnet man die Ergebnisse nach, zeigen sich tatsächlich statistisch nicht normale und deutlich von der Gauss'schen Normalverteilung abweichende Befunde⁵. So häufen sich etwa Stimmen für Einiges Russland im Bereich der extrem hohen Wahlbeteiligungen, was als Indiz für Wahlmanipulationen ausgelegt werden kann. Bei genauerem Hinsehen finden sich weitere statistisch hochsignifikante Effekte: Je höher die Wahlbeteiligung, desto höher der Anteil von Einiges Russland und umgekehrt ($r=0,91$); je höher der Stimmanteil für Einiges Russland, desto niedriger der Anteil für die KPRF und umgekehrt ($r=-0,815$); je höher die Wahlbeteiligung, desto niedriger die Anteile der KPRF ($r=-0,714$). Diese Daten lassen sich dahingehend interpretieren, dass die Ergebnisse für Einiges Russland nur durch die extrem hohe Wahlbeteiligung in etwa 15% der Wahlkreise zustande kamen. Wäre dies nicht der Fall, so würde die KPRF wesentlich stärker und Einiges Russland schwächer abschneiden. Allerdings lässt dies unterschiedliche Schlüsse zu: den der Wahlmanipulation und den des sozialen Drucks und der sozialen Kontrolle. Denn gerade in kleineren und ländlichen Wahlkreisen finden sich die höchsten Wahlbeteiligungen und die besten Ergebnisse für Einiges Russland. Und zweitens ist es mitnichten eine im westlichen Sinne demokratische Opposition, die von den Einbußen für Einiges Russland profitiert. Es sind im Gegenteil die als jede für sich reaktionär-autokratisch einzuordnenden LDPR und KPRF, die ihre Ergebnisse deutlich verbessern konnten. Und auch bei den Demonstrationen in Moskau und anderen größeren Städten handelte es sich um eine bunte Mischung aus Demokraten, Kommunisten, Rechtsradikalen und anderen Gruppierungen, die kaum als Demokratiebewegung eines russischen Frühlings bezeichnet werden kann.

Wahl-
manipulationen

sozialer Druck und
soziale Kontrolle

Präsidentenwahlen als politische Inszenierung der Machtübergabe

Auch in Bezug auf die Präsidentenwahlen kam es unter Vladimir Putin zu einigen Änderungen. Die Mindestwahlbeteiligung von 50% wurde im November 2006 abgeschafft und die Möglichkeit geschaffen, Kandidaten die Registrierung zu verweigern, wenn ihnen „extremistische Aktivitäten“ nachgewiesen werden können. Auch wurde das Vorschlagsrecht für Kandidaten verändert und der Zugang für unabhängige Kandidaten erschwert. Nach der geltenden Regelung haben Parteien mit Sitzen in der zuletzt gewählten Duma das Recht, bis 25 Tage nach Bekanntgabe des Wahltermins einen Kandidaten per Parteitagsbeschluss vorzuschlagen. Parteien ohne Sitz in der Duma können in der-

selben Frist einen Kandidaten nominieren, benötigen aber zusätzlich zwei Millionen Unterschriften, von denen höchstens 50000 aus dem selben Föderationssubjekt sein dürfen, was vor allem für regionale Parteien ein massives Hindernis darstellt. Unabhängige Kandidaten benötigen eine Unterstützergruppe von mindestens 500 Personen und zwei Millionen Unterschriften und haben dafür bis 20 Tage nach Bekanntgabe des Wahltermins Zeit. Nicht angetastet wurde die in der Verfassung verankerte Festschreibung von lediglich zwei sukzessiven Amtszeiten für einen Präsidenten. Die Option, nach einer Legislaturperiode Pause wieder anzutreten, bleibt jedoch offen, da die Verfassung diesbezüglich keine explizite Regelung trifft. Dies machte sich Vladimir Putin bei den letzten Präsidentschaftswahlen zunutze, zu denen er nach einem „Interregnum“ durch Dimitri Medwedew erneut antrat. Die bisherigen Wahlergebnisse zeigen, dass letztlich nur derjenige Kandidat eine reelle Chance hat, der über die administrativen und finanziellen Ressourcen des Staatsapparates verfügt bzw. von seinem Amtsvorgänger empfohlen wurde. Sowohl Vladimir Putin 2000 (mit 52,94% bei einer Wahlbeteiligung von 68,64%) und 2004 (mit 71,3% bei 64,3% Wahlbeteiligung) als auch Dimitri Medwedew 2008 (mit 70,28% der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 68,8%) setzten sich mit deutlichen Vorsprüngen jeweils im ersten Wahlgang durch. Und auch bei seiner im Westen umstrittenen Rückkehr konnte Vladimir Putin im ersten Wahlgang reüssieren.

Einmal Putin und zurück?

Vladimir Putin vereinte bei der Wahl am 4. März 2012 63,6% der Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 65,3% auf sich und verwies die anderen Kandidaten vergleichsweise deutlich schon im ersten Wahlgang auf die Plätze. Er lag damit zwar deutlich über dem Ergebnis seiner Partei „Einiges Russland“, die bei den Dumawahlen nach deutlichen Verlusten auf 49,5% gekommen war. Aber er konnte sein Ergebnis von 2004 nicht wieder erreichen. Dass er dennoch so deutlich wieder gewählt wurde, dürfte im Lichte von Vorwahlbefragungen und Wahlergebnissen mehrere Gründe haben⁶. Erstens wird Putin nach wie vor als der eigentliche Träger der Macht (46% der Befragten), als der Garant von Sicherheit und Ordnung, als sympathisch (24%) und positiv (33%) wahrgenommen. Zweitens liegt sein Erfolg in der Schwäche aller angetretenen Gegenkandidaten und dem Fehlen eines tatsächlichen Herausforderers begründet. Mit 17,18% der Stimmen konnte lediglich der Dauerkandidat der KPRF Gennadij Zyuganov sein Potential ausschöpfen. Drittens verbinden viele Bürgerinnen und Bürger mit Putin nach wie vor eine erfolgreiche Politik. So äußerten im Januar 2012 64% der Befragten in einer Umfrage des Levada Center Zufriedenheit mit Putins Performanz. Und nicht zuletzt führte Putin einen Wahlkampf, der die Erwartungen und Hoffnungen zentraler Wählergruppen auf Ordnung, Stabilität und Besserung der sozialen Lage bediente.

Die Erfolge der Kandidaten der Macht sind so zu einem guten Teil auf die institutionelle Absicherung des Regimes zurückzuführen. Dass diese Institutionalisierung so erfolgreich ist, lässt sich jedoch nur unter Rückgriff auf die

ökonomische Unterfütterung und kulturelle Einbindung des Regimes erklären. Denn über die Institutionen hinaus spielen neben den umfassenden und exzessiv eingesetzten staatlichen Ressourcen, dem kontrollierten Zugang zu den Medien und womöglich diversen Möglichkeiten der Wahlmanipulation die ökonomische Fundierung und die kulturelle Einbindung des Regimes eine zentrale Rolle.

2. Inkorporierter Kapitalismus: Ökonomie im Dienste des Regimes

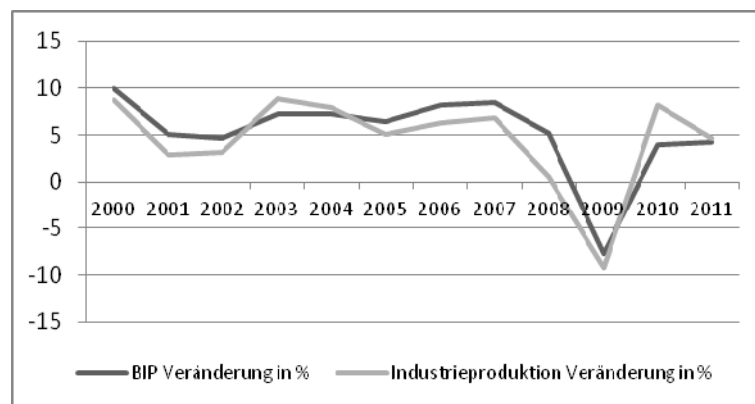
Die geschilderte institutionelle Absicherung des politischen Systems ist kaum denkbar ohne die Verfügung über materielle Ressourcen. Diese werden einerseits zur Aufrechterhaltung des Staatsapparats und andererseits für wohlfahrtsstaatliche Zwecke benötigt, etwa um Sozial- und Rentensystem, Bildungs- und Gesundheitswesen zu unterhalten.

In der Regel finanzieren sich Staaten überwiegend durch Steuern, die von Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in Abhängigkeit von ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit entrichtet werden. Damit sind Staaten zur Finanzierung ihrer Aufgaben von der Produktivität des Binnenmarktes und der Wettbewerbsfähigkeit ihrer Ökonomie auf den Weltmärkten abhängig. Russland hat durch umfassende Reformen ein vergleichsweise einfaches Steuersystem etabliert, das eine so genannte „flat-tax“ von 13% auf Privateinkommen und einen Spitzensteuersatz für Unternehmenseinkommen von 24% vorsieht.

Die mittelfristige Entwicklung der russischen Wirtschaft ist vergleichsweise stabil mit einem konstanten Wirtschaftswachstum von über 5%. Allerdings zeigen sich auch hier die Auswirkungen der globalen Finanzkrise. Das Bruttoinlandsprodukt brach ebenso wie die Industrieproduktion um etwa 8% ein. Diese Entwicklungen sind durch sinkende Rohstoffpreise und einen Nachfragerückgang auf dem Weltmarkt zu erklären.

Entwicklung der russischen Wirtschaft

Schaubild 3: Entwicklung von BIP und Industrieproduktion 2000-2011



Quelle: Bank of Finland⁷ und World Bank⁸.

Durch die sinkende Nachfrage nahmen auch die Exporte vor allem von Rohstoffen ab und verringerten damit die Einnahmen. Gleichzeitig gingen die Importe um 27% zurück, was auf einen inflationär bedingten Kaufkraftverlust und sinkende Einnahmen aus Exporten zurückzuführen sein dürfte. Hinzu kam ein mit minus 15% massiver Abzug von Kapital aus den russischen Finanzmärkten. Da Russlands Zentralbank aufgrund einer konservativen Fiskalpolitik mit mehr als 400 Milliarden US-Dollar über bedeutende Kapitalreserven verfügte, konnten durch Stützungskäufe heimische Kapitalanleger geschützt und eine tiefgreifende Bankenkrise verhindert werden. Durch ein umfassendes Konjunkturprogramm in Höhe von 55 Milliarden US-\$ wurde zudem die heimische Industrie – vor allem die Automobil-, und Nutzfahrzeugbranche, die Rüstungsindustrie, Landwirtschaft und Wohnungsbau – gestützt, so dass sich die russische Wirtschaft seit 2010 wieder auf einem Wachstumspfad befindet. Mit dem erneuten Anziehen der Weltkonjunktur und den wieder steigenden Rohölpreisen erholte sich auch die russische Ökonomie vergleichsweise schnell. Auch Arbeitslosigkeit und Inflation konnten von 20% respektive 10% im Jahr 2000 auf jeweils 6,1% im Jahr 2011 reduziert werden. Betrachtet man das BIP pro Kopf, gerechnet in Kaufkraftparitäten, so zeigt sich, dass Russland mit 19.840 US-\$ etwas mehr als die Hälfte Deutschlands (37.260 US-\$) und etwa das Zweieinhalbfache Chinas (7599 US-\$)⁹ aufweist.

Rohstoffe – Quellen des Reichtums

Die ökonomischen Daten erscheinen also zunächst durchaus positiv und lassen eine solide Basis für die Staatsfinanzen vermuten. Allerdings ist die steuerliche Abschöpfung wie schon erwähnt vergleichsweise gering. Bei genauerem Hinsehen entdeckt man jedoch mehrere strukturelle Probleme. Erstens machen 2010 Mineralien – dazu gehören Öl und Gas – mit 68,4% sowie Metalle und Edelsteine mit weiteren 12,8% den überwiegenden Anteil der Exporte aus, während auf der anderen Seite vor allem verarbeitete Produkte wie Maschinen und Ausrüstung (44,4%), chemische Produkte (16,1%) und Lebensmittel (15,9%) importiert werden¹⁰. Dadurch entsteht einerseits eine Abhängigkeit von den Weltmarktpreisen für Rohstoffe, andererseits gerät die heimische produzierende Industrie unter Druck, da mit dem einfließenden Kapital günstiger importiert werden kann. Zweitens relativieren sich die positiven Zahlen an den realen Verteilungen. Zu den aufgrund der niedrigen Löhne und Gehälter unterfinanzierten Wohlfahrtssystemen kommen große räumliche und sozialstrukturelle Einkommensunterschiede, die den Staat vor massive Herausforderungen stellen. So liegt der monatliche Durchschnittslohn nach offiziellen Angaben des Russischen Föderalen Statistik Service für 2010 bei knapp 673 US-\$, das Existenzminimum bei etwa 180 US-\$, die Mindestlöhne bei 137 US-\$ und die durchschnittlichen Renten bei 237 US-\$¹¹. Unterhalb des Existenzminimums leben nach wie vor 13,1% der Bevölkerung bzw. 18,1 Millionen Menschen. Das Bild wird vervollständigt durch Maße der Ungleichheit wie etwa den Gini-Koeffizienten, der die Gleichheit oder Ungleichheit der Vermögensverteilung anzeigt. Je höher der Wert, desto ungleicher ist die Verteilung. Für Russland im Zeitraum von 2000 bis 2007 liegt der Wert

Abhängigkeit von
den Weltmarkt-
preisen für
Rohstoffe

bei durchschnittlich 41,5, was im Vergleich zu Deutschland mit 29,2 sehr hoch ist. Legt man die absoluten Zahlen der Entwicklung der Verteilung der Geldeinkommen von 2000 bis 2007 zugrunde, so verfügen die unteren 60% (!) der Bevölkerung gerade über 30% der Geldeinkommen.

Politische Stabilisierung durch Ressourcen-Umverteilung

Warum bleibt das System aber trotz dieser Zahlen stabil und warum kommt es nicht zu Massendemonstrationen? Eine Erklärung ist, dass das Regime neben den steuerlichen Einkünften zusätzlich von seinem Reichtum an natürlichen Ressourcen in mehrfacher Weise profitiert und Einnahmen generiert. Erstens werden auf die Förderung und den Export von Rohstoffen Steuern und Zölle erhoben, wie etwa eine an den Weltölpreis gekoppelte Rohstofffördersteuer, die dem Staat enorme Einkünfte gewährt. Und zweitens kann der Staat über den Zugriff auf wichtige Unternehmen zusätzlich Mittel abschöpfen. Bei diesen zusätzlichen staatlichen Einkommen handelt es sich im Wesentlichen um enorme Gas- und Ölrenten, die über eine De-facto-Verstaatlichung der wichtigsten Unternehmen des Energie- und Rohstoffsektors wie etwa Gazprom genutzt werden können. So kontrolliert der Staat nach offiziellen Angaben des Unternehmens Gazprom 50,002% der Aktienanteile¹² und auch personell sind Staat und Unternehmen eng verknüpft. Der Vorstandsvorsitzende Alexei Miller gilt ebenso wie der ehemalige Premierminister und Aufsichtsratsvorsitzende Viktor Subkow als enger Vertrauter Putins. Hinzu kommt, dass die gesamte Transportinfrastruktur (pipelines etc.) in staatlichem Besitz befindet.

De facto-Verstaatlichung der wichtigsten Unternehmen

Die Rohstoffrenten, die freilich nicht komplett vom Staat abgeschöpft werden und zum Teil über die Staatseinkünfte schon erfasst sind, betragen aktuell 28,5% des BIP und übersteigen die Staatseinkünfte mit 20,9% des BIP in der Summe über den gesamten Zeitraum von 2000 bis 2011 deutlich.

Die durch die Inkorporation des Kapitalismus gewonnenen Ressourcen können für mehrere Zwecke genutzt werden: Erstens müssen damit die Defizite im Sozialsystem querfinanziert werden, um ein Grundniveau an Zufriedenheit in der Bevölkerung über die Bereitstellung öffentlicher Güter zu erzeugen, das die mangelnde politische Integration kompensiert. Denn eine politische Integration des gesellschaftlichen Pluralismus findet in Russland nur insoweit statt, als dass möglichst große Teile der politischen Landschaft inkorporiert werden. Zweitens müssen Investitionsdefizite vor allem in den Bereichen Infrastruktur und Forschung und Entwicklung ausgeglichen werden. Drittens können sie genutzt werden, um die schon bestehenden informellen Versorgungs- und Abhängigkeitsnetzwerke in die Umstrukturierung des politischen Systems zu integrieren. So gibt es zahlreiche Untersuchungen, die sich mehr oder minder explizit mit informellen Strukturen auseinandersetzen, meist über die Rolle von Elitengruppen, Oligarchen als politischen Akteuren sowie der Bildung bzw. Fortdauer von neopatrimonialen Netzwerken (exemplarisch Fortescue 2006, Stykow 2006, Meyer 2008). Es sind genau diese Netzwerke, die maßgeblich zur Stabilität des politischen Regimes beitragen, indem sie informelle Umverteilungsmechanismen und Versorgungsstrukturen etablieren, die

Grundniveau an Zufriedenheit in der Bevölkerung

die Schwächen der Sozialsysteme zumindest teilweise kompensieren und größere Teile der Bevölkerung vereinnahmen. Wer von informeller Wohlfahrt profitiert, wird kaum ein Interesse an der Veränderung des Status quo haben. Vor dem Hintergrund dieser polit-ökonomischen Entwicklungen erscheinen denn auch die Werte Russlands in den einschlägigen Korruptionsrankings in einem neuen Lichte. Russland liegt etwa im 2011er Survey von Transparency International auf Platz 143 mit einem Punktwert von 2,4 und einem Vertrauensintervall von 2,1-2,8 bei einer Anzahl von 11 Untersuchungen, was eindrücklich die Verbreitung dieser Form von Einkommen illustriert.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich konstatieren, dass die institutionellen Reformen im Zusammenspiel mit der gezielten Nutzung ökonomischer Ressourcen die wesentlichsten Faktoren bei der Stabilisierung der russischen Autokratie darstellen. Es stellt sich mithin die Frage, ob Russland unter dem so genannten Ressourcenfluch „Ressourcenfluch“ leidet. Der Reichtum an natürlichen Rohstoffen, insbesondere Erdöl und Erdgas, wird unter diesem Stichwort immer wieder als Ursache für geringes Wirtschaftswachstum (Auty 1993), höhere Armutsraten sowie einer höheren Wahrscheinlichkeit autoritärer Herrschaft (Karl 1997) bzw. deren Stabilisierung und Institutionalisierung in Verbindung gebracht. Hinzu kommt, dass die geschilderten institutionellen und polit-ökonomischen Entwicklungen auf der gesellschaftlich-kulturellen Ebene ihre Entsprechung finden. Und zwar in individuell wie kollektiv verankerten Denk- und Wahrnehmungsmustern, welche bewusst oder unbewusst das politische Regime stützen oder von diesem gezielt instrumentalisiert werden. Man denke nur an die Figur des starken, rechtschaffenen und weltgewandten Führers, mit der Vladimir Putin immer wieder spielt(e). Dabei sind historische Erfahrungen und Entwicklungen zentral für die subjektive Willens- und Meinungsbildung. Und nicht zuletzt für die Wahrnehmung der eigenen Handlungsfähigkeiten. Das wenig demokratische Verständnis von Zivilgesellschaft und politischer Partizipation auf Seiten der Herrschenden sowie Konservatismus, politische Apathie (Gudkov 2011) und Skepsis gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteuren auf Seiten der Beherrschten machen insgesamt wenig Hoffnung auf baldiges Tauwetter.

Anmerkungen

- 1 Nach Friedrich und Brzezinski (1965: 5) sind Autokratien solche politischen Systeme, in denen der oder die Herrscher unzulänglich oder gar nicht dem geltenden Recht unterworfen sind, so dass es keine anderen Gewalten mit genügend Macht gibt, die den oder die Herrscher zur Einhaltung geltenden Rechts zwingen könnten. Mit anderen Worten ist das zentrale Kennzeichen einer Autokratie das Fehlen einer effektiven Gewaltenteilung und -kontrolle.
- 2 Offener Brief an die Wähler vom 25. Februar 2000, publiziert in den Zeitungen Izvestia, Kommersant und Komsomolskaya Pravda. Im Internet unter: http://eng.kremlin.ru/text/speeches/2000/02/25/0000_type82912type104017_124556.shtml, rev. 29.12.2009

- 3 Die Machtministerien sind Innen-, Notstands, Außen-, Verteidigungs- und Justizministerium. Darüber hinaus wurden der FSB, der Auslandsgeheimdienst SWR und diverse andere Verwaltungseinheiten direkt dem Präsidenten unterstellt.
- 4 <http://cikrf.ru>, zuletzt besucht am 29.02.2012
- 5 Daten unter <http://cikrf.ru>. Links auf die ursprünglichen Analysen unter http://samar-candanalytics.com/election_data/
- 6 Für alle Daten im folgenden Abschnitt: http://www.russiavotes.org/president/presidency_performance.php; zuletzt besucht am 29.04.2012
- 7 http://www.suomenpankki.fi/bofit_en/seuranta/venajatilastot/Pages/default.aspx, zuletzt besucht am 29.04.2012
- 8 <http://data.worldbank.org>, zuletzt besucht am 29.04.2012
- 9 <http://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.PCAP.PP.CD>, zuletzt besucht am 29.04.2012
- 10 www.gks.ru, zuletzt besucht am 29.04.2012
- 11 Daten von www.gks.ru, zuletzt besucht am 29.04.2012 bei Umrechnungskursen von Rubel auf US-\$ vom 01.12.2010
- 12 <http://www.gazprom.ru/investors/stock/>, zuletzt besucht am 29.04.2012

Literatur

- Auty, Richard M. (1993): *Sustaining development in mineral economies: The resource curse thesis*. London: Routledge.
- Fortescue, Stephen (2006): *Russia's Oil Barons and Metal Magnates. Oligarchs and the State in Transition*. Basingstoke: Palgrave
- Friedrich, Carl J./Brzezinski, Zbigniew. K. (1965): *Totalitarian Dictatorship and Autocracy*, Cambridge: Harvard University Press.
- Gandhi, Jennifer/Przeworski, Adam (2007): Authoritarian Institutions and the Survival of Autocrats. *Comparative Political Studies* 40 (11), S. 1279-1301.
- Gelman, Vladimir (2010): Föderalismus, regionale Politik und kommunale Selbstverwaltung in Russland. In: Pleines, Heiko/Schröder, Hans-Henning (Hrsg.): *Länderbericht Russland*. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, S. 95-112
- Gudkov, Lev (2011): Russland in der Sackgasse. Stagnation, Apathie, Niedergang. *Osteuropa* 61 (10), S. 21-46
- Karl, Terry L. (1997): *The paradox of plenty: Oil booms and petro-states*. Berkeley: California University Press.
- Meyer, Gerd (2008) (Hrsg.): *Formal Institutions and Informal Politics in Central and Eastern Europe. Hungary, Poland, Russia and Ukraine*. 2nd, revised Ed., Opladen: Verlag Barbara Budrich
- Nohlen, Dieter (2007): *Wahlrecht und Parteiensystem*. 5.Aufl., Opladen & Farmington Hills: Verlag Barbara Budrich.
- Remington, Thomas F. (2008): Patronage and Power: Russia's Dominant Party Regime. In: *Politische Vierteljahresschrift*, 49. Jg., Heft 2, Juni 2008, S. 213-228
- Sakwa, Richard (2008): *Russian Politics and Society*. 4th Edition. London: Routledge.
- Styckow, Petra (2006): *Staat und Wirtschaft in Russland. Interessenvermittlung zwischen Korruption und Konzertierung*. Wiesbaden: VS-Verlag
- Yashina, Svetlana et al. (2012): Regeneration of whole fertile plants from 30,000-y-old fruit tissue buried in Siberian Permafrost. *PNAS* 2012; published ahead of print February 21, 2012, doi:10.1073/pnas.1118386109